

Dr. med. Wolfgang Hoppenthaller
Landesvorsitzender
stellv. Bundesvorsitzender



Es gilt das gesprochene Wort!

Vortrag Bad Sassendorf 03.09.2010

Sehr geehrte Herren des Podiums,
sehr geehrte Gäste,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das, was wir in den vergangenen drei Jahren erlebt haben, war ein Kampf um unsere Tarifhoheit, um die Tarifhoheit der Hausärzte Deutschlands. Dieser Kampf war schwer genug. Was wir aber in diesem Jahr erleben, ist ein regelrechter Krieg gegen uns Hausärzte. Anders ist diese Auseinandersetzung nicht mehr zu bezeichnen!

- Es ist ein Krieg initiiert von der FDP mit Unterstützung geneigter CDU-Politiker. Ein Teil dieser Politiker wollen offensichtlich die hausärztliche Versorgungsebene durch die MVZ der Kapitalgesellschaften ersetzen, ein anderer Teil hat wohl noch gar nicht begriffen, um was es in dieser Auseinandersetzung überhaupt geht.
- Es ist ein Krieg initiiert von einigen Kassen, die unsere Leistungen ihren Versicherten weiterhin zu Dumping – Preisen zur Verfügung stellen wollen.
- Es ist ein Krieg initiiert von den KVen und von der KBV, deren Vorstände es ausschließlich um ihren eigenen Machterhalt geht.

So ist sich der Vorstandsvorsitzende der KBV, Herr Köhler, nicht zu schade, die Hausärzte vor der öffentlichen Presse mit getürkten Zahlenspielen reich zu rechnen, um unsere berechtigten Forderungen als völlig deplatziert hinzustellen.

Herr Köhler ist aufgrund der staatlich verordneten Zentralisierung des KV - Systems der oberste Tarifverhandler der Vertragsärzteschaft. Sein Verhalten entspricht jedoch dem eines Gewerkschaftsführers, der erklärt, dass alle seine Mitglieder in Geld schwimmen und sicher fünf Jahre keine Gehaltsteigerung brauchen. Und diesen Herrn Köhler und seine Gefolgsleute bezahlen wir auch noch mit unseren hart verdienten Honoraren!

Bayerischer Hausärzteverband e.V.

Orleansstr. 6
81669 München

Tel. 089/6230376
Fax. 089/6421811
Email: info@bhaev.de

Montag – Freitag
9.00 - 12.30 Uhr

Deutsche Apotheker- Kto.- Nr. 3238938
u. Ärztebank München BLZ · 700 906 06
Internet: www.hausaerzte-bayern.de

- Sich instrumentalisieren lassen haben auch noch die Datenschützer aller Bundesländer. Allen voran der Datenschützer von Schleswig-Holstein, Dr. Thilo Weichert, dessen Ehefrau zufälligerweise im Sozialministerium als Rechtsaufsicht für die KV zuständig ist. Herr Weichert nützt die ihm vom Gesetzgeber gegebene Unabhängigkeit gnadenlos aus und verhindert die Umsetzung der Hausarztverträge zu Lasten der Hausärzte in Schleswig – Holstein. Der Datenschützer in Bremen hat aktuell angekündigt, diesem Beispiel zu folgen.

In meinem Vortrag zu dieser Podiumsdiskussion möchte ich mich mit den Methoden dieser Kriegsführung gegen uns Hausärzte und mit den verschiedenen Aussagen einiger Politiker und Kassen, wie sie anlässlich unserer Protestaktion in Bayern am 26. / 27. August gefallen sind, auseinandersetzen:

A) Erste Strategie: Die Öffentlichkeit wird desinformiert, getäuscht und belogen:

1.) Beispiel

Ich zitiere Herrn Minister Rösler und Sie, Herr Staatssekretär Bahr, sinngemäß: Der § 73 b bleibt bestehen, nur die Zuwächse werden begrenzt.

Im Referentenentwurf des BMG Stand 25.08.2010 ist aber de facto festgelegt, dass der durchschnittliche Fallwert der Hausärzte im KV-System in den Hausarztverträgen nicht überschritten werden darf. Kommt es zu dieser Regelung, ist der § 73 b de facto tot.

2.) Beispiel:

O-Ton Minister Rösler:

„Nun regiert die FDP nicht alleine, und die Koalition hat sich darauf verständigt, die Verpflichtung zum Abschluss von Hausarztverträgen weiter gelten zu lassen. Allerdings um den Preis, dass sich die Vergütungen in neuen Verträgen nach 73 b am Primat der Beitragssatzstabilität orientieren müssen“.

Diese Aussage entspricht definitiv nicht der Wahrheit. In der Koalitionsabsprache im Herbst 2009 wurde festgelegt, die Hausarztverträge sind nach drei Jahren zu evaluieren. Von einem Primat der Beitragssatzstabilität bezogen auf die Hausarztverträge war definitiv nicht die Rede.

3.) Beispiel:

O-Ton Minister Rösler in einem Gespräch im November 2009 mit der Spitze des Deutschen Hausärztesverbandes in Gegenwart von Herrn Bahr:

Man werde sich an die Koalitionsvereinbarung halten und der § 73 b werde in diesen drei Jahren nicht angetastet. Auch werde man es nicht akzeptieren, dass er über Umwegen, z. B. über den Datenschutz ausgehebelt wird.

Gerade erleben wir das Gegenteil.

4.) Beispiel:

O-Ton Minister Rösler in der Ärztezeitung:

Die Orientierung an der Beitragssatzstabilität „sichert auch ein Stück mehr Gerechtigkeit. Wir wollen keine Hausärzte erster und zweiter Klasse, weil die einen im Hausarztverband sind und die anderen nicht“.

Herrn Minister Rösler müsste eigentlich bekannt sein, dass die Teilnahme am Hausarztvertrag in keiner Weise mit der Mitgliedschaft im Hausärzteverband, sondern ausschließlich mit einer qualifizierten Tätigkeit als Hausarzt verbunden ist.

5.) Beispiel:

O-Ton Minister Rösler:

"Wir gehen davon aus, dass trotzdem noch mehr Geld für die hausarztzentrierte Vergütung zur Verfügung stehen wird. Aber eben nicht mehr eine Milliarde Euro, sondern vielleicht nur 500 Millionen Euro zusätzlich also trotzdem Honorarsteigerungen."

Im Referentenentwurf des BMG heißt es:

In § 73 b Absatz 8 Ihres Entwurfes legen Sie jedoch fest, dass eine Honorarmehrung durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen finanziert werden müssen.

6.) Beispiel

O-Ton Minister Rösler:

„Ich bin für die Patientinnen und Patienten in Deutschland verantwortlich und das Geld der Versicherten. Und da muss ich eben darauf achten, dass es sinnvoll ausgegeben wird. Und zwar nicht nur für einen Verband, sondern für die Versorgung aller.“

Herr Rösler ist sich nicht zu schade, den Bürgerinnen und Bürgern zu suggerieren, das Geld für die Hausarztverträge würde nicht für deren Versorgung, sondern für den Hausärzteverband ausgegeben.

7.) Beispiel:

Jetzt kommen wir zum Thema Bestandsschutz und Betroffenheit. Sie Herr Bahr, wie auch Herr Rösler waren während unserer Praxisschließung sinngemäß zu vernehmen: Was wollen die Bayern denn, sie sind doch gar nicht betroffen, ihre Verträge haben doch Bestandsschutz. Diese Aussage war eindeutig dazu angetan, unsere Glaubwürdigkeit bei unseren Patienten zu untergraben.

Sie Herr Bahr wissen ebenso wie Herr Rösler, dass der Bestandsschutz spätestens dann endet, wenn der Honorarteil der Verträge ausläuft. Dies ist z. B. beim bayerischen AOK-Vertrag bereits am 31.12.2011 der Fall. Somit sind Ihre diesbezügliche Äußerungen und die des Ministers eine Täuschung der Öffentlichkeit – eine Täuschung durch Weglassen wesentlicher Fakten.

8.) Beispiel:

O-Ton Ulrike Flach, Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion:

„Die Hausärzte "leiden auf hohem Niveau". Im Schnitt seien die Hausärzte "die bestverdienende Ärztegruppe".

Diese Feststellung muss ich wohl nicht kommentieren.

Ich könnte an dieser Stelle noch einige weitere Beispiele anführen. Zusammenfassend kann man diese Art der Diskussionsführung des BMG und des Bundesminister für Gesundheit nur mit den Schlagworten „Tricksen, Täuschen und Lügen“ klassifizieren.

B) Die zweite Strategie nach „Tricksen, Täuschen und Lügen“ ist die Strategie der Definition unerfüllbarer Forderungen an eine Honorarerhöhung im HzV-Vertrag.

An erster Stelle steht hier das Thema Einsparungen:

Ich zitiere zu diesem Thema noch einmal Herrn Minister Rösler:

„Selbstverständlich können künftig bei den Verträgen auch höhere Vergütungen vereinbart werden, wenn dies über Effizienzsteigerungen an anderer Stelle ausgeglichen wird“.

- Auch den Politikern ist sehr gut bekannt, dass der wesentliche Preistreiber im Arzneimittelbereich die Industrie ist. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass die Medikamente in den südeuropäischen Ländern zu einem Bruchteil des Preises in Deutschland zu haben sind. Milliarden wurden seither in den Wind geschossen. Auf die Preispolitik der Industrie haben wir Ärzte keinen Einfluss. Wenn es jetzt zu Einsparungen kommen sollte, wird der Minister die Einsparungen als seinen Erfolg reklamieren.

- Auch im stationären Bereich werden wir für Einsparungen verantwortlich gemacht. Von einem höheren AOK-Funktionär, der sich auch in der Praxis experimentell mit diesem Problem auseinandergesetzt hat, stammt der Satz: „Ein leeres Bett schreit solange, bis es wieder belegt ist“. Somit können auch nur die Politiker dieses Problem über die Krankenhausbedarfsplanung durch Bettenabbau lösen. Wir Hausärzte haben keine Möglichkeit, auf diesem Sektor Einsparungen zu generieren.
- So, nun kommen wir zu den Einsparungen im ambulanten Bereich. Wir sollen als Lotsen – ich kann das Wort nicht mehr hören, ich bin Arzt und kein Lotse – unnötige Facharztbesuche verhindern.

Als ich mich 1978 niederließ, wurden die Quartalscheine allmählich durch Scheckhefte ersetzt. Diesen Scheckheften folgte mit einigem Abstand die Chipkarte. Begleitet wurde diese schleichende Beendigung des damals herrschenden Primärarztsystems durch die lautstarken Forderung der Politiker nach der „Freien Arztwahl“. Seit dieser Zeit dürfen die Versicherten bis zum heutigen Tag mit ihrer ungedeckten Scheckkarte von unserem Versicherungssystem alles abverlangen, was sie für ihre Gesundheit oder Gesunderhaltung für erforderlich halten – und dies mit kräftiger Unterstützung der Kassen im Konkurrenzkampf.

Und jetzt soll ich mich als HzV-Arzt – oder neusprech als „Lotse – an die Anmeldung meiner Praxis stellen und die Patienten befragen, weshalb sie diese und jene Überweisung benötigen.

Sehr geehrte Politiker, wie stellen sie sich das vor? Wir arbeiten in unserer Praxis in sieben Räumen und diese sind permanent belegt. Wir untersuchen, behandeln und beraten alle Patienten, die zu uns kommen wollen. Wer nicht zu uns kommen, sondern nur eine Überweisung will, kann hingehen, wohin er will.

- Wenn die Politik diesen kostenträchtigen Wanderzirkus der sogenannten mündigen Patienten beenden will, dann ist es deren Aufgabe, ihren Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, dass die Ressourcen endlich sind.
- Diese Umerziehung nach einer 30-jährigen grenzenlosen Pseudofreiheit ist eine gemeinsame Aufgabe der Gesellschaft, der Politik und der Krankenkassen und keinesfalls die einiger weniger HzV-Ärzte.
- Gestatten Sie, dass ich zum Thema Einsparungen auch Prof. Beske zitiere: *„Bislang wurden in aller Regel Ärzte, Krankenhäuser und die Krankenkassen für die finanziellen Probleme der GKV verantwortlich gemacht. Die Verantwortung der Politik ist nur wenigen Fachleuten bekannt. So haben nach heutigem Stand politische Entscheidungen die GKV zur Entlastung anderer Sozialsys-*

teme und des Staates mit 45,5 Milliarden Euro pro Jahr belastet. Würden diese entfallen, könnte der Beitragssatz um 4,55 Beitragssatzpunkte, d. h. von 14,9 Prozent auf 10,35 Prozent gesenkt werden.“

- Weiterhin sind nach Schätzungen von Experten jährlich 20 Milliarden Einsparungen durch Bürokratieabbau möglich.

Soweit zur trickreichen Strategie, etwaige Honorarsteigerungen mit Einsparungen im Verordnungsbereich, im stationären Bereich oder mit der sogenannten Lotsentätigkeit zu verbinden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind **keine Sparärzte, sondern Hausärzte**.

Wir Hausärzte wollen nicht wie ein Verkäufer prozentual an irgendwelchen Gewinnen bzw. Einsparungen beteiligt werden, sondern wir fordern für unsere qualifizierte Arbeit ein adäquates Honorar.

C) Nach Tricksen, Täuschen, Lügen und dem Thema „Einsparungen“ ist als weitere Kriegstrategie die „öffentliche Qualitätsdiskussion“ zu nennen.

Die TK war zu vernehmen: *"Wir können nicht immer nur über die Höhe der Vergütung reden. Wenn die Verträge keine bessere Qualität und größere Wirtschaftlichkeit bringen, brauchen wir sie nicht."*

Diese permanente öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit einer Qualitätssteigerung impliziert, wir Hausärzte würden bis heute mit verminderter Qualität arbeiten. Ich halte diese öffentliche vermeintliche Qualitätsdiskussion für eine gezielte Diffamierung unseres Berufsstandes. Alleine zu diesem Zweck wurde sie von der KBV in diese Diskussion um die Hausarztverträge eingeführt und von den Kassen und von den genannten Politikern gerne übernommen.

Die Tatsache, dass wir in der hausärztlichen Medizin zuerst einmal und im Wesentlichen mit unseren fünf Sinnen und manchmal auch mit dem 6. Sinn arbeiten und die Tatsache, dass diese Arbeit nicht wie eine Röntgenaufnahme nach DIN oder ISO bewertet werden kann, bietet sich vielen unserer Freunde als Gelegenheit an, die Qualität unserer Arbeit permanent öffentlich in Frage zu stellen.

Die Qualität unserer Arbeit ist in der Tat nicht nach ISO oder DIN zu messen, aber die Meßparameter unserer Arbeit sind unsere Patienten – und bei denen stehen wir hoch im Kurs!

D) Als vierte Strategie ist neben Tricksen, Täuschen, Lügen und den Themen „Einsparungen“ und „öffentliche Qualitätsdiskussion“ die „Begriffsmanipulation“ zu nennen.

Ich darf wieder Herrn Minister Rösler zitieren:

„Es war und ist die Position der FDP, dass es besser wäre, von der Verpflichtung zum Abschluss von Hausarztverträgen wegzukommen. Die FDP würde es vorziehen, wenn der Abschluss von Hausarztverträgen für die Krankenkassen nicht mehr verpflichtend wäre. Selektivverträge dürfen jedenfalls keine neuen Monopole bilden“.

Sehr geehrter Herr Bahr, über die Freiwilligkeit von Vertragsabschlüssen seitens der Kassen müssen wir hier wohl nicht mehr diskutieren.

Und nun zum Begriff „Monopol“. Der Hausärzteverband besitzt kein Monopol. Die Hausärzte können in ihrer Mehrheit schon morgen einen anderen Verband für diese Verhandlungen beauftragen.

Es ist doch in Wahrheit etwas ganz anderes, was Sie, Herr Bahr, und die FDP stört. Sie stört, dass wir Hausärzte als Einheit auftreten und die Hausärzte nicht in Einzelverträgen mit den Kassen verheizen lassen. Mit der Manipulation des Begriffs „Monopol“ wollen Sie ihre wahre Absicht nur verschleiern.

Zusammenfassend stellen wir folgende Forderungen an die verantwortlichen Politiker auf:

- 1) Die Hausarztverträge sind keine Sparverträge, sondern dienen der adäquaten Honorierung einer qualifizierten hausärztlichen Tätigkeit und der Gewinnung eines qualifizierten Nachwuchses. Hausarztverträge sichern damit die qualifizierte hausärztliche Versorgung einer immer älter werdenden Gesellschaft! Die Regelungen des § 73 b und seiner Rahmenbedingungen müssen unverändert bleiben!
- 2) Diese unwürdige und unseren Berufsstand diffamierende öffentliche negative Qualitätsdiskussion muss umgehend beendet werden. Ich habe in 25 Jahren Landespolitik noch nie erlebt, dass eine Bundesregierung in dieser Weise einen ganzen Berufsstand diffamiert.
- 3) Ebenso beendet werden muss diese unsachliche Diskussion um Einsparungen in den HzV- Verträge. Holen Sie Ihre Einsparungen dort, wo es möglich ist:
 - a.) Bei der Pharmaindustrie und der Distribution der Medikamente.
 - b.) Durch einen Bettenabbau über die Krankenhausbedarfsplanung.
 - c.) Durch eine Neuordnung des ambulanten Systems.
 - d.) Durch einen Abbau der Bürokratie.
 - e.) Und durch einen Rückbau des Verschiebebahnhofs, den z.B. Herr Prof Beske dargestellt hat.

- 4) Beenden Sie diese unsägliche Diskussion um den Fortbestand des § 73 b und erinnern Sie sich an das Versprechen ihres Ministers. Wir benötigen nichts dringender als eine Nachhaltigkeit der politischen Aussagen und Ruhe im System. Angesichts dieser erneuten öffentlichen Diskussion haben die FDP und das BMG uns Hausärzten und der Nachwuchsgewinnung schon genug geschadet.

- 5) Und last but not least: Der SPD Vorsitzende Sigmar Gabriel forderte kürzlich mehr Achtung vor den Politikern ein. Diese gestehe ich ihm gerne zu. Dies Achtung fordere ich aber auch für uns Hausärzte ein und zusätzlich endlich Ehrlichkeit in der politischen Diskussion mit uns.

Ich danke ihnen für Ihre Aufmerksamkeit